




וּשְׁטַר



Stolperfallen und notwendige Anpassungen zur Erreichung der Flächenziele

Lothar Schulze und Markus Pauly

JKU

Agenda

01

Ausgangslage vor dem
Windflächenbedarfsgesetz
(WindBG)

02

Was hat sich nun mit
dem WindBG geändert?

03

Welche Schritte müssen
nun gegangen werden?

01

Ausgangslage vor dem WindBG



Länderregelungen

Das perfekte Chaos

Vor dem WindBG

16

Länderspezifische
Regelungen
z.T. mit dem Ziel
die Windenergie
auszubremsen



Regelungen in LEPs, sonst. Vorgaben der Länder



Ausweisungen auf ROP oder FNP Ebene abhängig von politischen Entscheidungen und Anhand harter/weicher Tabukriterien



Keine klaren Zielvorgaben -> Diskussion um substantiellen Raum



Verhinderung war auf allen Ebenen besser möglich, regionale Verteilung der Windenergie sehr unterschiedlich

02

Was hat sich nun mit dem WindBG geändert?

Gesetz

GESETZGEBUNGSVERFAHREN · 28.07.2022

Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (sog. Wind-an-Land-Gesetz)

Ziel des Gesetzes ist, den Mangel verfügbarer Fläche für den beschleunigten Ausbau der Windenergie an Land zu beheben.

Das Bundeskabinett hat am 15. Juni 2022 den von der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen ([BMWSB](#)) und von dem Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz ([BMWK](#)) vorgelegten Entwurf einer Formulierungshilfe für ein Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land beschlossen. Das Gesetzgebungsverfahren ist abgeschlossen. Das Gesetz wurde am 28. Juli 2022 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 1353) verkündet, tritt aber erst am ersten Tag des siebten auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft (Artikel 5 des Gesetzes), also am 1. Februar 2023

Durch das Gesetz wird die Vorgabe des Koalitionsvertrags umgesetzt, 2 Prozent der Bundesfläche für die Windenergie an Land vorzusehen. Ziel ist, den Mangel verfügbarer Fläche für den beschleunigten Ausbau der Windenergie an Land zu beheben. Das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) sieht eine Verteilung sogenannter "Flächenbeitragswerte" auf die Länder vor. Demnach sollen bis Ende des Jahres 2027 1,4 Prozent und bis Ende 2032 zwei Prozent der Bundesfläche für Windkraftanlagen ausgewiesen sein. Diese Werte leiten sich aus den Ausbauzielen des Erneuerbare-

Wichtigste Regelungen des WindBG?

Die fünf wichtigsten Regelungen

1 Verbindliche
Flächenziele

Für **Flächenländern** zwischen **1,8% und 2,2%**, für **Stadtstaaten** **0,5%**

2 Zweigeteiltes Ziel

Gesamtziel Ende 2032 und ein **Zwischenziel 2027**

3 Wichtiger
Zwischenschritt

Mitte 2024 haben die Länder **erste Schritte der Umsetzung** (eigene Planfeststellungsbeschlüsse oder ein Herunterbrechen der Ziele auf die nachfolgenden Planungsebenen) nachzuweisen.

4 Klare Regelung zur
Anrechnung

Regelungen zur **Anrechenbarkeit von Flächen** (§ 4): nur Flächen mit „**Rotor-out**“ **werden** zur Feststellung der **Zielerreichung angerechnet**

5 Höhenbegrenzungen

Zukünftige Flächenausweisungen mit **Höhenbegrenzungen** können nicht auf die Flächenbeitragswerte angerechnet werden.

Wind-an-Land Gesetz (WaLG)

Flächenbeiwerte gemäß Windflächenbedarfsgesetz

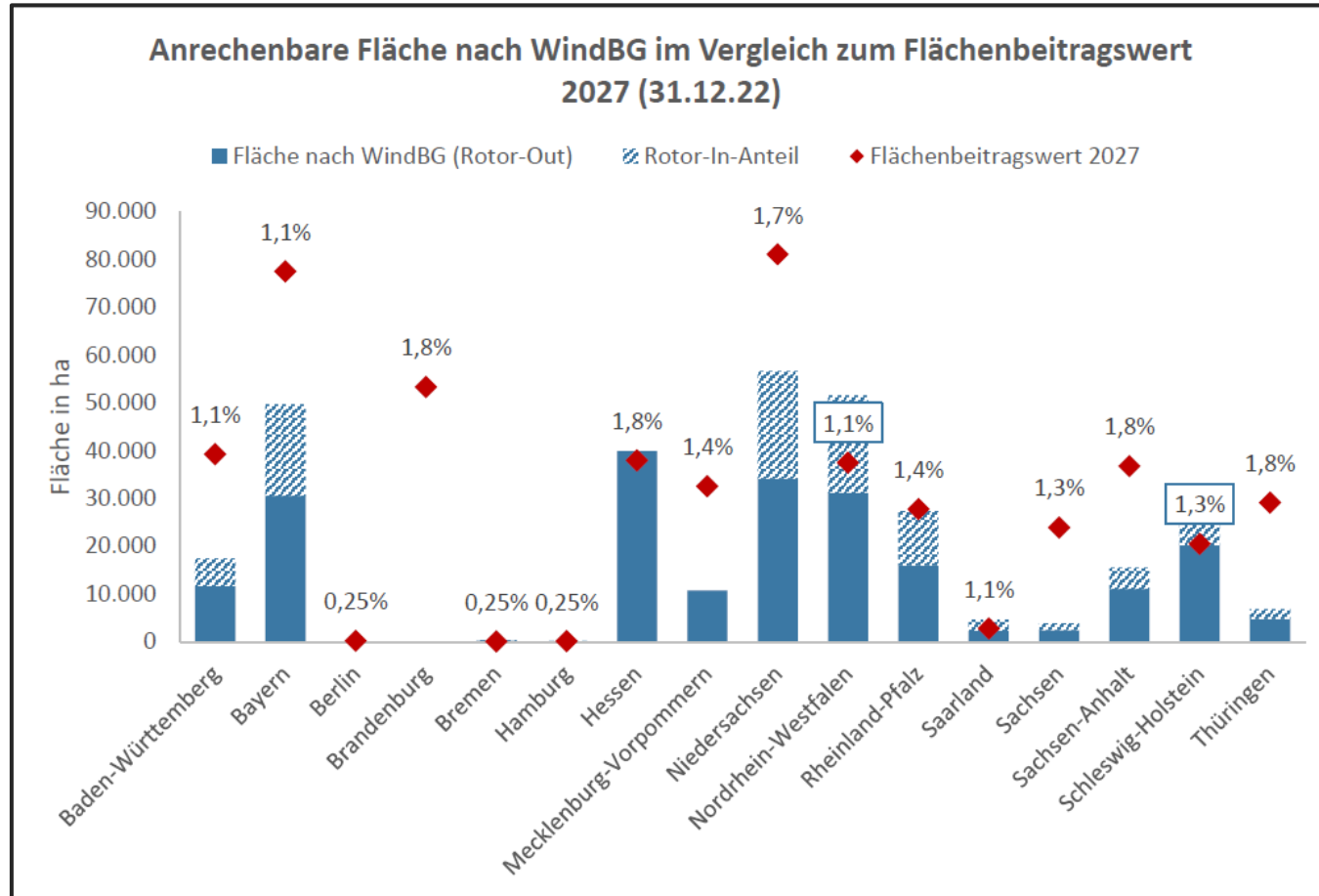
Bundesland	Spalte 1:	Spalte 2:	Spalte 3: Landesflächen (in km ²)	berechnete Flächen	
	Flächenbeitragswert, der bis zum 31.12.2027 zu erreichen ist (Anteil der Landesfläche in Prozent)	Flächenbeitragswert, der bis zum 31.12.2032 zu erreichen ist (Anteil der Landesfläche in Prozent)		Fläche 2027 (in km ²)	Fläche 2032 (in km ²)
Baden-Württemberg	1,1	1,8	35.747,82	393,23	643,46
Bayern	1,1	1,8	70.541,57	775,96	1.269,75
Berlin	0,25	0,5	891,12	2,23	4,46
Brandenburg	1,8	2,2	29.654,35	533,78	652,40
Bremen	0,25	0,5	419,62	1,05	2,10
Hamburg	0,25	0,5	755,09	1,89	3,78
Hessen	1,8	2,2	21.115,64	380,08	464,54
Mecklenburg-Vorpommern	1,4	2,1	23.295,45	326,14	489,20
Niedersachsen	1,7	2,2	47.709,82	811,07	1.049,62
Nordrhein-Westfalen	1,1	1,8	34.112,44	375,24	614,02
Rheinland-Pfalz	1,4	2,2	19.858,00	278,01	436,88
Saarland	1,1	1,8	2.571,11	28,28	46,28
Sachsen	1,3	2,0	18.449,93	239,85	369,00
Sachsen-Anhalt	1,8	2,2	20.459,12	368,26	450,10
Schleswig-Holstein	1,3	2,0	15.804,30	205,46	316,09
Thüringen	1,8	2,2	16.202,39	291,64	356,45
Mittelwert / Summe	1,4	2,0	357.587,77	5.012,15	7.168,12

03

Welche Schritte müssen
nun gegangen werden?

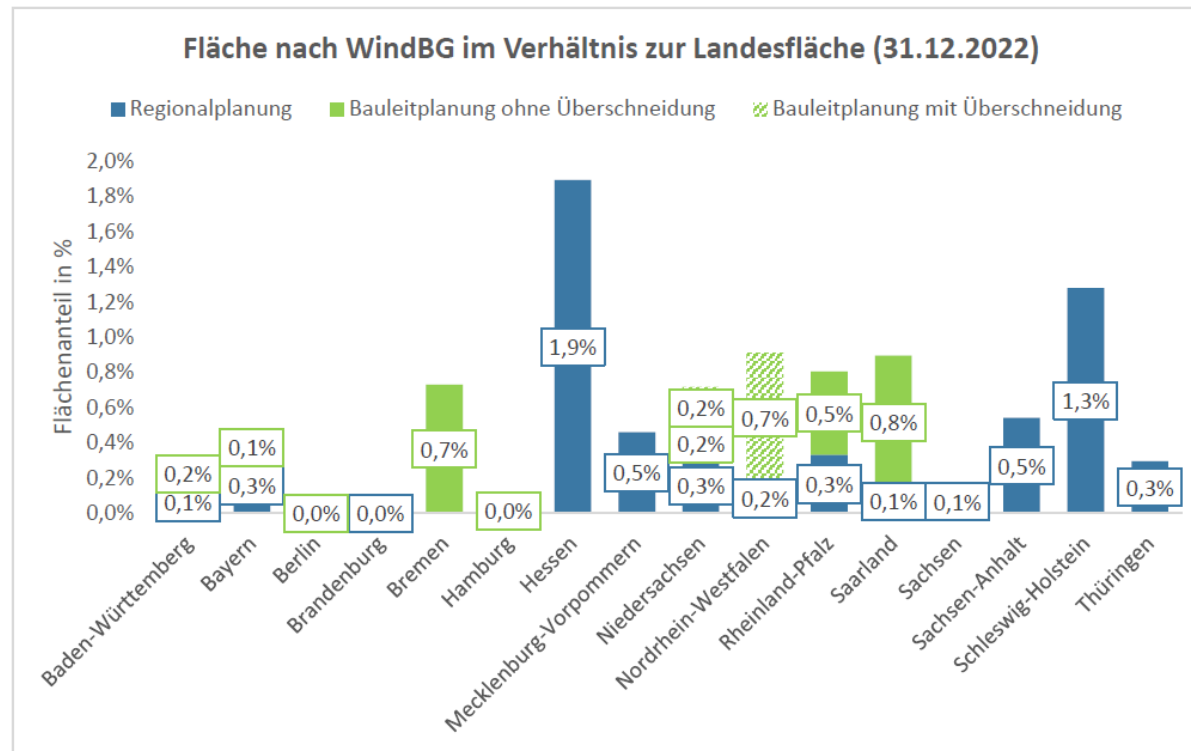


Bericht des Bund-Länder-Kooperationsausschusses vom 20.10.2023



Bericht des Bund-Länder-Kooperationsausschusses vom 20.10.2023

Abbildung 15 Anrechenbare Fläche nach WindBG in den Ländern im Verhältnis zur Landesfläche
(Umrechnung nach Rotor-außerhalb entsprechend Angabe in den GIS-Daten)



Graphik: Eigene Berechnungen UBA auf Basis der übermittelten Geodaten und Länderberichte;
Hinweis: Abstandsregelungen in RP nicht berücksichtigt

Aktueller Stand Flächenausweisungen

Bundesland	Landesziel	Stand	Verbindlichkeit
Baden-Württemberg	Gesamtziel (1,8%) gleichmäßig bis Ende 2025 durch Regionalplanung	25.04.2023	§ 20 KlimaG BW
Bayern	Entwurf: 1,1 % bis 31.12.2027	15.11.2022	Entwurf Änderung LEP
Brandenburg	1,8% bis 2027, 2,2% bis 2032 gleichmäßig durch Regionalplanung	03.03.2023	Brandenburgisches Flächenzielgesetz vom 03.03.2023
Hessen	1,8% bis 2027, 2,2% bis 2032 gleichmäßig durch Regionalplanung	25.04.2023	§ 1 (3) Hessisches Energiegesetz (HEG)
Mecklenburg-Vorpommern	1,8% bis 2027, 2,2% bis 2032 gleichmäßig durch Regionalplanung, Festlegung einheitlicher verbindlicher Kriterien	07.02.2023	Erlass vom 07.02.2023
Niedersachsen	Umsetzung Gesamtziel (2,2%) bis Ende 2026 gemäß Klimagesetz, regionale Flächenziele auf Grundlage Potenzialstudie veröffentlicht, in Bezug auf das WindBG 1,8% bis 2027, 2,2% bis 2032	13.10.2023	NWindG
Nordrhein-Westfalen	Geplant: Umsetzung Gesamtziel (1,8%) bis Ende 2025, Parallele Erstellung LEP und regionale Flächenziele in den 6 Planungsregionen; Anteil einzelner Planungsregionen bis zu 2,2%	02.06.2023	1. Entwurf der Landesregierung zur Änderung des LEP
Rheinland-Pfalz	"grundsätzlich 2% der Landesfläche für Windenergie"	31.05.2022	Geplant: Dritte Teilfortschreibung LEP IV
Saarland	Vorgabe an kommunale Bauleitplanung auf Grundlage Potentialbetrachtung	23.01.2023	Landesgesetz geplant, Maßnahmen- und Strategiepapier
Sachsen	Gesamtziel (1,8%) gleichmäßig bis Ende 2027 durch Regionalplanung	20.12.2022	§ 4a Landesplanungsgesetz
Sachsen-Anhalt	Entwurf: 1,8% bis 2027, 2,2% bis 2032 durch Regionalplanung, vier Planungsregionen 1,9%/2,3%, Harz 1,2%/1,6%	14.02.2023	Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsgesetzes
Schleswig-Holstein	15 GW bis 2030: implizite Erreichung Gesamtziel	22.06.2022	Koalitionsvertrag 2022-2027
Thüringen	Geplant: 1,8% bis 2027, 2,2% bis 2032, unterschiedliche Flächenziele (zwischen 1,3 % und 3.0 %) für vier Regionen auf Grundlage Potenzialstudie veröffentlicht	22.11.2022	1. LEP-Entwurf

Welche Schritte müssen nun gegangen werden?

Wie geht es nun weiter?



Ausweisung Flächen bis 2027

Anpassung weiterer Gesetze?

Zusätzliche Ausweisung auf kommunaler Ebene?

Ausweitung Privilegierung?

Prüfung der notwendigen
Flächenkulisse zur Erreichung der
Klimaziele

Festlegung der zuständigen
Planungsebenen

Zielfestlegung der Bundesländer

Erstellung von Potentialanalysen

Überprüfung der Zielerreichung
2027

Feststellung Zielerreichung

Planung 2032



**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit**

Lothar Schulze

Head of Public Affairs
Management Board
COO

Tel. +49 5111 23573-122
lothar.schulze@juwi.de

Markus Pauly

Diplom Biologe
Abteilungsleiter
Projektentwicklungsexperten

m.pauly@juwi.de
+49 6732 96 57-2432

